

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 5. November 1965

A 22127 C

Nummer 45

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1966

Die in der Vorjahrsprognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung¹⁾ für die Entwicklung des westdeutschen Bruttosozialprodukts im Jahre 1965 geschätzten Zuwachsraten von nominal 10 vH und real 6 vH sind nicht ganz erreicht worden: Zur Zeit sind die beiden Zuwachsraten um jeweils einen Punkt niedriger zu beziffern. Abgesehen von einigen statistischen Unsicherheiten in der Sozialproduktberechnung für das Jahr 1964 ist die leichte Überschätzung in der Expansion der heimischen Produktion auf eine stärkere Abschwächung in der Bautätigkeit und auf eine sehr kräftige Entwicklung der Einfuhren — unsere Schätzung dieser Größe galt vor einem Jahr als sehr optimistisch — zurückzuführen. Einfuhren, private Spartätigkeit, Einschränkung der öffentlichen Investitionen und mit dieser also die Restriktionspolitik der Deutschen Bundesbank bildeten die Gegenkräfte gegen ein Ausufern der Hochkonjunktur.

Der Preisauftrieb hat sich freilich dennoch verschärft. Seine Bekämpfung konnte auch nur präventiv — also am Anfang des Aufschwungs wirksam sein. Im Höhepunkt des Booms — in und nach der Lohnwelle — wird das herkömmliche Instrumentarium der Konjunkturpolitik stumpf. In der gegenwärtigen Phase des Auslaufens würde eine Preispolitik durch Nachfrageeindämmung eher das Gegenteil der gewünschten Wirkung erzielen. Nunmehr verlangt Preisstabilisierung vor allem Produktivitäts-(Wachstums-)Stabilisierung.

Diese setzt erstens voraus, daß die Nachfrageentwicklung nicht ins Rutschen gerät, sondern sich allenfalls leicht verlangsamt. Dies ist für 1966 wahrscheinlich. Die vorgelegte Prognose kommt trotz Einkalkulierung einer gewissen Austerität im öffentlichen Bereich zu einer Zunahme des Bruttosozialprodukts von nominal 8 vH und von real 4,5 vH. Expansivster Nachfragebereich wird die Ausfuhr sein.

Zweite Voraussetzung ist selbstverständlich eine ungestörte Produktion. Für den vorliegenden Fall heißt das die Vermeidung von gravierenden Lohnkonflikten. Allein aus ökonomischen Gründen ist jedoch das Jahr 1966 streikgefährdet: Die Einigungsformel des letzten Jahres „Produktivität + Preis = Lohn“ wird bei der derzeitigen Gewinnlage von einer Reihe von Unternehmen nicht akzeptiert werden. Andererseits ist für den gewerkschaftlichen Kontrahenten, nicht zuletzt infolge des Preisauftriebs, der Verhandlungsspielraum nach unten eng begrenzt. Im Augenblick kann daher nur gehofft werden, daß die herkömmlichen Verfahren der Tarifsetzung ausreichen werden, diese Schwierigkeit zu bewältigen.

Weltwirtschaft

Die weltwirtschaftliche Expansion hat sich in diesem Jahr leicht abgeschwächt. Hierfür ist vor allem die Entwicklung in einigen europäischen Ländern und in Japan verantwortlich. Es ist damit zu rechnen, daß sich das Wachstum der Weltwirtschaft 1966 mit diesem abgeschwächten Tempo fortsetzen wird. Zwar wird sich die Wirtschaftslage in Frankreich und Italien, aber auch in Japan, wieder verbessern. Dem wird jedoch eine weitere Verlangsamung im EFTA-Raum gegenüberstehen.

Das konjunkturelle Gesamtbild wird noch immer dadurch getrübt, daß das Problem der Zahlungsbilanzdefizite und der Preissteigerungen nicht gelöst ist. Während in den Vereinigten Staaten nach wie vor die Zahlungsbilanzfrage im Vordergrund steht, sehen sich die vollbeschäftigten Volkswirtschaften Westeuropas verstärkten Preissteigerungen ausgesetzt. In Großbritannien stellen beide Probleme die wirtschaftspolitischen Instanzen vor schwer zu bewältigende Aufgaben.

Im kontinentalen Westeuropa sind die Außenwirtschaftsfragen gegenwärtig weniger prekär, weil

¹⁾ Wochenbericht Nr. 46 vom 13. 11. 1964.

Zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts der Industrieländer

Länder	Gewicht 1964		Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr in vH							
	Sozialprodukte ¹⁾	Ausfuhr der BRD ²⁾	1963		1964		1965		1966	
			real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal
Bundesrepublik Deutschland	9,0	.	3,3	6,3	6,6	9,7	4,9	8,8	4,4	8,0
Frankreich	6,9	15,9	5,1	11,0	5,3	9,2	2,5	5,5	4,0	7,0
Italien	4,3	9,8	5,3	14,3	3,0	9,3	3,0	8,0	4,0	8,5
Niederlande	1,4	14,3	3,6	8,5	7,5	15,2	5,0	11,0	5,0	9,5
Belgien	1,3	10,3	4,8	7,8	5,2	10,1	3,5	7,5	4,0	7,0
EWG-Mitgliedsländer	22,9	50,3	4,3	9,4	5,5	9,8	3,7	7,7	4,2	7,8
Großbritannien	7,1	5,8	4,0	5,8	5,4	7,3	3,0	7,5	1,0	4,0
Österreich	0,7	7,0	4,4	7,2	6,0	9,9	4,0	8,5	4,0	7,0
Schweiz	1,1	9,7	4,7	9,4	5,1	10,3	4,0	7,5	3,5	6,5
Dänemark	0,8	4,4	1,8	7,0	7,1	12,4	3,5	7,5	3,3	7,5
Norwegen	0,6	2,6	5,4	6,8	6,2	10,1	5,0	9,5	4,0	8,0
Schweden	1,6	6,9	4,9	8,5	6,5	10,7	4,5	7,5	4,0	7,0
EFTA-Mitgliedsländer	11,9	36,4	4,1	6,7	5,7	8,7	3,5	7,7	2,1	5,2
Europäische Industrieländer	34,8	86,7	4,3	8,5	5,6	9,4	3,7	7,7	3,5	6,9
USA	55,8	10,2	3,4	5,0	5,0	6,7	4,5	6,5	4,5	6,5
Japan	5,6	1,9	8,4	13,1	12,6	15,8	4,0	9,0	5,5	9,5
Kanada	3,8	1,2	4,6	7,0	6,5	8,9	7,0	9,0	6,0	8,0
Insgesamt ³⁾	100,0	—	4,0	6,7	5,7	8,2	4,3	7,2	4,3	6,9
Insgesamt ⁴⁾	—	100,0	4,5	8,8	5,7	10,3	4,0	7,8	4,0	7,3

1) Gewichte auf Dollarbasis zum geltenden Wechselkurs. — 2) Anteile der Länder an der Ausfuhr der BRD. — 3) Gewichtet nach Sozialproduktanteilen. — 4) Gewichtet nach Anteilen der Ausfuhr der BRD.
 Quellen: OECD, Main Economic Indicators. EWG, Allgemeines Statistisches Bulletin (No. 7-8, 1965). Statistisches Bundesamt, Außenhandel der BRD. Nationalstatistiken sowie offizielle und eigene Schätzungen.

hier gegenläufige konjunkturelle Entwicklungen zu einem Abbau extremer Zahlungsbilanzsalden geführt haben. So hat die vorübergehende Konjunkturabschwächung in Frankreich und Italien die Außenwirtschaftsposition beider Länder wesentlich verbessert, während andererseits die kräftige Expansion in der Bundesrepublik Deutschland hier ein Zahlungsbilanzdefizit entstehen ließ. Gegenwärtig ist eine Tendenz zum konjunkturellen Gleichschritt in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern zu erkennen. In Frankreich und Italien dürfte die konjunkturelle Wiederbelebung in ein Wachstum des realen Sozialprodukts von etwa 4 vH münden. Bei diesem annähernden Gleichschritt ist nicht damit zu rechnen, daß störende Ungleichgewichte im Außenwirtschaftsverkehr zwischen den Ländern des kontinentalen Westeuropas entstehen werden.

Dagegen ist es weiterhin unsicher, ob es gelingen wird, unerwünschte Salden in den Leistungs- und Kapitalströmen der übrigen Welt zu vermeiden. Zwar zeichnet sich gegenwärtig in Großbritannien, dem zahlungsbilanzschwächsten Industrieland, eine außenwirtschaftliche Besserung ab. Sie wird jedoch durch eine binnenwirtschaftliche Stagnation erkauf. Zu einer längerfristigen Lösung des britischen Zahlungsbilanzproblems führt dies freilich nicht; denn bei einer erneuten stärkeren Expansion wären wiederum Außenwirtschaftsschwierigkeiten zu befürchten. Die britische Regierung, die zur Verteidigung der gegenwärtigen Pfundparität entschlossen ist, wird daher auch für das nächste Jahr nur ein geringfügiges Wirtschaftswachstum zulassen können.

In den Vereinigten Staaten reicht der Leistungsbilanzüberschuß nach wie vor nicht aus, um den Passivsaldo der Kapitalbilanz auszugleichen, der bei freiem Kapitalverkehr entstände. Die amerikanische Regierung hat in diesem Jahr die Differenz zwischen beiden Größen durch eine administrative Beschränkung des Kapalexports zu beseitigen versucht.

Jedoch kann damit das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit auf die Dauer nicht beseitigt werden. Mit der Einschränkung des amerikanischen Kapitalexports wird der Spielraum für Käufe amerikanischer Güter in Ländern eingengt, die zur Finanzierung ihres Leistungsbilanzdefizits auf Kapitalimport angewiesen sind. Es ist daher zu befürchten, daß durch diese Maßnahme auf längere Sicht auch der Aktivsaldo der amerikanischen Leistungsbilanz vermindert wird. Da aber der Außenwirtschaftssektor in den Vereinigten Staaten nur eine geringe Rolle spielt, wird hierdurch die amerikanische Binnenkonjunktur kaum gedämpft werden. Auch weiterhin dürfte die amerikanische Wirtschaft bei unvermindert hoher Investitionsneigung der privaten Wirtschaft und expansiv wirkender Haushaltsgestaltung der öffentlichen Hand mit dem bisherigen Fortschrittstempo wachsen.

In mehreren europäischen Ländern hat sich der Preisauftrieb in diesem Jahr beschleunigt. Die Lohnsätze sind in den Ländern Westeuropas und in Japan weit stärker gestiegen als in den Vereinigten Staaten. Die hierdurch bedingten Abweichungen im Preisauftrieb der amerikanischen und nicht-amerikanischen Industrieländer tragen zwar dazu bei, daß sich die internationale Konkurrenzposition der Vereinigten Staaten weiter verbessert. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß diese Entwicklung schnell zu einer Lösung des amerikanischen Zahlungsbilanzproblems führen wird. Dagegen wird Großbritannien gegenwärtig nicht durch die Preisentwicklung begünstigt. Zwar sind hier die Lohnsätze bis zur Jahresmitte weniger stark gestiegen als in den übrigen europäischen Ländern. Da jedoch die britische Wirtschaft infolge der Stagnation in diesem Jahr kaum noch Produktivitätsfortschritte erzielt, bleiben die Preissteigerungen in Großbritannien nicht hinter der Durchschnittssteigerung in Westeuropa zurück.

Infolge der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums haben die Exporte der Rohstoffländer, und hier insbesondere der Entwicklungsländer, nicht mehr so stark zugenommen wie im Vorjahr. Da diese Länder auf ihre Währungsreserven zurückgreifen können, die sie in den letzten Jahren angereichert hatten, waren sie bisher noch nicht zu einer Dämpfung ihres Einfuhrwachstums gezwungen. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß im nächsten Jahr eine Anpassung der Einfuhrzunahme an die Exportentwicklung kaum zu umgehen sein wird, zumal auch der Kapitalstrom in diese Wirtschaftsgebiete eher ab- als zunehmen wird.

Bundesrepublik Deutschland

Sozialprodukt

Kräftige Lohnerhöhungen, erfreuliche Produktivitätssteigerungen und nachlassender Preisaufrtrieb kennzeichnen gegenwärtig — im zweiten Halbjahr 1965 — die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Bruttolöhne und -gehälter wachsen mit 10 vH etwas stärker als das nominale Sozialprodukt, die Produktivitätsrate festigt sich bei 4,5 vH (1964: 6 vH) und die auf 4 vH gestiegene Spanne zwischen nomialem und realem Sozialproduktszuwachs tendiert zur Verkleinerung. Die Aspekte für das kommende Jahr sind günstig, sofern der durch die Gegenwart vorgezeichnete Entwicklungsverlauf nicht durch Wirtschaftspolitik und Arbeitskonflikte gestört wird.

Eine Schlüsselgröße für die Sozialproduktschätzung sind die zu erwartenden Lohn- und Gehaltserhöhungen. Zum Teil weisen die geltenden Tarifabschlüsse bereits in die Zukunft, doch muß die Prognose ebenso Entscheidungen der Tarifpartner antizipieren, die noch nicht getroffen worden sind. Im Abwägen der vielen Einflußmöglichkeiten auf das Jahresergebnis 1966 wurde die Lohn- und Gehaltssumme in dieser Prognose um 9 vH höher angesetzt als 1965. Davon entfallen 1 vH auf Mehrbeschäftigung und 8 vH auf individuelle Lohnerhöhungen.

Anders als 1965 — einem Jahr der vorübergehenden Milderung in der Lohnsteuerbelastung — wird sich 1966 wiederum das gewohnte Gefälle zwischen

Brutto- und Nettolohnentwicklung einstellen. Der durchschnittliche Lohnsteuersatz beträgt gegenwärtig 8,5 vH, während von den zusätzlichen Bruttolöhnen etwa 15 vH weggesteuert werden. Zusammen mit den Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung führt dies zu einer Abflachung der Nettolohnentwicklung von 11 vH im Jahre 1965 auf 8 vH im Jahre 1966.

Diese Abflachung trifft mehr als die Hälfte des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Auch die übrigen Haushaltseinkommen werden — insgesamt gesehen — ihr bisheriges Wachstum nicht beibehalten, wenn hier die retardierenden Einflüsse auch wesentlich schwächer sind. Alles in allem kann man davon ausgehen, daß 1966 den privaten Haushalten rund 8 vH mehr Einnahmen zur Verfügung stehen werden, die in den privaten Verbrauch fließen oder gespart werden. Das sind zwei Wachstumsprozente weniger als 1965. Für den privaten Verbrauch kann aber wohl eine geringere Abschwächung angenommen werden. Die Sparquote der privaten Haushalte hat einen hohen Stand erreicht, nimmt gegenwärtig immer noch zu, dürfte aber 1966 sich eher stabilisieren als weiter ansteigen. Jedenfalls legen die Abschwächungen im Einkommenszuwachs sowie die Teuerung im privaten Verbrauch einen vorsichtigen Ansatz nahe.

Im öffentlichen Verbrauch wird die Zuwachsrate von 1965, die auf 10 bis 11 vH zu veranschlagen ist, deutlich unterschritten werden (8 vH). Vornehmlich werden die Anstrengungen zur Schließung der Deckungslücken bei den Gebietskörperschaften zu einer fühlbaren Verminderung im Wachstumstempo des öffentlichen Verbrauchs führen. Andererseits wird bei der sozialen Krankenversicherung eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben für ärztliche Behandlung und Krankenhauspflege eintreten.

Da die Einkommensübertragungen und Investitionsausgaben des Staates (9 bis 10 vH) aller Voraussicht nach stärker wachsen werden als die Verbrauchsaufwendungen, ist die staatlich initiierte Nachfrage insgesamt wiederum als recht expansiv einzuschätzen. Die Einnahmen aus Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und aus den übrigen Quellen werden sich jedoch noch stärker (um etwa 10 vH) erhöhen, so daß die Gesamtheit der öffentlichen Haushalte im Gegensatz zum ablaufenden Jahr

Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung der Sektoren 1964 bis 1966

	Verfügbares Einkommen =			Verbrauch			+ Vermögensbildung			davon					
	1964	1965	1966	1964	1965	1966	1964	1965	1966	Sachvermögen ¹⁾			Geldvermögen		
	1964	1965	1966	1964	1965	1966	1964	1965	1966	1964	1965	1966	1964	1965	1966
Mrd. DM															
Private Haushalte	262,7	289,7	313,6	232,4	254,7	275,0	30,3	35,0	38,6	4,4	4,7	5,0	25,9	30,3	33,6
Staat	84,2	87,2	96,6	61,9	68,4	74,0	22,3	18,8	22,6	17,9	19,2	20,9	4,4	— 0,4	1,7
Unternehmen . .	19,7	20,9	19,3	—	—	—	19,7	20,9	19,3	49,5	55,6	57,8	—29,8	—34,7	—38,5
Übrige Welt ²⁾ .	4,8	5,4	5,2	5,3	0,6	2,0	—0,5	4,8	3,2	—	—	—	— 0,5	4,8	3,2
Nettosozialprod. ³⁾	371,4	403,2	434,7	299,6	323,7	351,0	71,8	79,5	83,7	71,8	79,5	83,7	0,0	0,0	0,0
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Mrd. DM															
Private Haushalte	+22,9	+27,0	+23,9	+17,2	+22,3	+20,3	+ 5,7	+4,7	+3,6	+ 0,7	+0,3	+0,3	+5,0	+4,4	+3,3
Staat	+ 6,4	+ 3,0	+ 9,4	+ 2,8	+ 6,5	+ 5,6	+ 3,6	—3,5	+3,8	+ 3,1	+1,3	+1,7	+0,5	—4,8	+2,1
Unternehmen . .	+ 3,1	+ 1,2	— 1,6	—	—	—	+ 3,1	+1,2	—1,6	+ 8,3	+6,1	+2,2	—5,2	—4,9	—3,8
Übrige Welt ²⁾ .	± 0,0	+ 0,6	— 0,2	+ 0,3	— 4,7	+ 1,4	— 0,3	+5,3	—1,6	—	—	—	— 0,3	+5,3	—1,6
Nettosozialprod. ³⁾	+32,4	+31,8	+31,5	+20,3	+24,1	+27,3	+12,1	+7,7	+4,2	+12,1	+7,7	+4,2	±0,0	±0,0	±0,0

¹⁾ Nettoinvestitionen; bei den privaten Haushalten Eigenheiminvestitionen abzüglich Fremdfinanzierung. — ²⁾ Verfügbares Einkommen = Übertragungen der inländischen Sektoren an die übrige Welt; Verbrauch = Außenbeitrag; Vermögensbildung = Forderungen bzw. Verpflichtungen der übrigen Welt gegenüber den inländischen Sektoren. — ³⁾ Zu Marktpreisen.

wieder einen Finanzierungsüberschuß erzielen, also Geldvermögen bilden wird. Diese — vielleicht überraschende — Einschätzung der öffentlichen Finanzlage dürfte dann allgemein werden, wenn sich die Veranlagungsergebnisse aus dem gewinnstarken Jahr 1964 in den Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden bemerkbar machen. Dies wird etwa zur Jahreswende der Fall sein.

In beiden Verbrauchsbereichen — dem privaten und dem öffentlichen — wurden Zuwachsraten im Einklang mit der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschätzt. Die Phase überdurchschnittlichen Investitionswachstums geht also zu Ende und weicht einem annähernd parallelen, und immer noch kräftigen, Wachstum in allen großen Verwendungsbereichen des Sozialprodukts. Etwas über dem Durchschnitt von 8 vH werden sich voraussichtlich die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen bewegen. Die vorhandenen Auftragsbestände bei den Produzenten sowie die zu erkennenden Dispositionen der Investoren sprechen für diese Annahme. Gemessen am Höhepunkt der jüngsten Entwicklung — fast 15 vH Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr 1965 — bedeutet dies eine merkliche Verlangsamung.

Eher leicht beschleunigt und nicht mehr unterhalb des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts werden die Ausgaben für Bauinvestitionen zunehmen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die vornehmlich witterungsbedingten Produktionsausfälle dieses Jahres aufgeholt werden. Gemessen am Bedarf bleibt der gewählte Ansatz von + 9 vH für die öffentlichen Investitionen immer noch niedrig. Im Wohnungsbau kann die — unerwartet günstige — Entwicklung der Genehmigungen über den weiteren Verlauf der Bautätigkeit in diesem Bereich täuschen. Es bleibt zu befürchten, daß die verschlechterten Finanzierungsbedingungen Bauherren veranlassen werden, bereits genehmigte Bauvorhaben zurückzustellen.

Zusammen mit den Lagerinvestitionen, deren Zuwachs 1965 relativ groß gewesen sein dürfte und 1966 mit einem geringeren Betrag veranschlagt wurde, stellt sich die geschätzte Zunahme aller Investitionen auf rund 7 vH.

Der Außenbeitrag, der 1963 und 1964 noch rund 5 Mrd. DM betragen hatte, wird 1965 auf etwa eine

halbe Milliarde DM zusammenschmelzen. Die Ursache für den annähernden Ausgleich der Leistungsbilanz liegt eindeutig bei der Einfuhr. Beginnend mit dem vierten Quartal 1964 expandierte die Einfuhr ein Jahr lang mit Zuwachsraten in der Größenordnung von 20 vH; das Sommerhalbjahr 1965 schloß sogar mit einem Defizit von reichlich 2 Mrd. DM. Die Schätzung für 1966 basiert darauf, daß die Einfuhr auf dem erreichten hohen Niveau jetzt wieder ungefähr im gleichen Tempo wie das Sozialprodukt zunehmen wird, während die in den letzten Monaten zu beobachtende Belebung bei der Ausfuhr anhalten und 1966 zu Wachstumsraten von 9 bis 10 vH führen wird. Für eine Beeinträchtigung der deutschen Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt fehlt jedes Indiz. Bei dieser Konstellation ergibt sich ein Außenbeitrag in der Größenordnung von zwei Mrd. DM, also wesentlich mehr als 1965. Allerdings werden diesem Außenbeitrag unvermindert Zahlungsverpflichtungen für „unentgeltliche Leistungen“ von 5 Mrd. DM gegenüberstehen; die Auslandsforderungen der deutschen Volkswirtschaft werden damit erneut abnehmen.

Das Ergebnis aller Einzelschätzungen ist ein nominaler Sozialproduktzuwachs im Jahre 1966 von 8 vH. Es bleibt zu prüfen, wie sich dieses Ergebnis in den vom inländischen Angebot her gezogenen Entwicklungsspielraum fügt. Bereits vom Kalender her (etwas weniger Arbeitstage) ergibt sich für 1966 eine Verringerung des Arbeitsvolumens. Hinzu kommen weitere Arbeitszeitverkürzungen und eine Abschwächung im Beschäftigtenzuwachs. Alles in allem ist ein Rückgang des Arbeitsvolumens um 0,5 vH wahrscheinlich. Dagegen sind die Voraussetzungen für eine ungeschwächte Produktivitätsentwicklung gegeben. Die hohen Investitionen der jüngsten Vergangenheit können 1966 voll zum Einsatz kommen, das häufig mit „technischer Fortschritt“ umrissene Ursachenbündel von Produktivitätserfolgen bleibt weiter wirksam, und speziell für die Industrie ist — wie der nachfolgende Bericht zeigt — mit einem stärkeren Produktivitätszuwachs als 1965 zu rechnen.

Einem Schätzwert von + 8 vH für das nominale Sozialprodukt steht damit ein realer Leistungsanstieg um rund 4,5 vH gegenüber. Mit knapp 3,5 vH bleibt die Spanne zwischen beiden Raten (der Deflationierungsfaktor) noch groß. Sie ist aber er-

Die Verwendung des Sozialprodukts 1962 bis 1966*)

Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West)

	1962	1963	1964	1965	1966	1962	1963	1964	1965	1966
	in Mrd. DM					Zuwachsraten in vH				
Verbrauch	257,1	274,3	294,3	323,1	349,0	10,4	6,7	7,3	9,8	8
privat	204,0	215,2	232,4	254,7	275,0	9,2	5,5	8,0	9,5	8
öffentlich	53,1	59,1	61,9	68,4	74,0	15,4	11,3	4,7	10,5	8
Bruttoinvestitionen	93,7	97,5	113,8	126,1	134,9	8,3	4,1	16,7	11,5	7
Bauten	45,5	49,3	57,5	61,7	66,7	13,7	8,4	16,6	7,5	8
Ausrüstungen	44,7	46,0	51,6	58,4	63,7	9,8	2,9	12,2	13	9
Vorräte	3,5	2,2	4,7	6,0	4,5	- 41	- 37	114	28	- 25
Außenbeitrag	3,7	5,0	5,3	0,6	2,0	- 46	35	6	- 89	33
Ausfuhr	69,0	75,0	83,5	91,0	99,7	4,9	8,7	11,3	9	9,5
Einfuhr	65,3	70,0	78,2	90,4	97,7	10,7	7,2	11,7	15,5	8
Bruttosozialprodukt, nominal	354,5	376,8	413,4	449,8	485,9	8,7	6,3	9,7	8,8	8,0
Deflationierungsfaktor ¹⁾	129,8	130,5	134,3	139,3	144	4,4	2,9	2,9	3,7	3,4
Bruttosozialprodukt, real	279,6	288,7	307,7	322,8	337,0	4,1	3,3	6,6	4,9	4,4
Arbeitsvolumen	- 0,8	- 0,7	0,6	0,1	- 0,5
Produktivität	4,9	4,0	5,9	4,8	4,9

*) 1962 bis 1964 Angaben des Statistischen Bundesamtes, 1965/1966 Vorausschätzung des DIW. — 1) 1954 = 100.

heblich geringer als im Nach-Boom-Jahr 1962 (+ 4,4 vH).

Damals war jedoch die konjunkturelle Abschwächung weit stärker als hier für 1966 vorausgeschätzt wird. Diesmal kann eine Nachfrage erwartet werden, die das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts nur sehr wenig, das der Produktivität nicht beeinträchtigt. Ohne diese Produktivitätsentwicklung bliebe die Prognose einer Abschwächung in der Preisentwicklung für 1966 unfundiert. In einer ausgesprochen kontraktiven Situation, wie 1962, würde das Produktivitätswachstum in den Unternehmen stärker beschnitten als die Entwicklung ihrer Ausgaben an Löhnen und an Steuern; der Markt ist in diesem Stadium aber noch lebendig genug, um die Anpassung der Preise an die steigenden Kosten wie auch die dann einsetzende Welle öffentlicher Preiserhöhungen (Mieten, Verkehrstarife) hinzunehmen. Wachstumsverzichte pflegen daher in der Regel zur Inflationsbekämpfung ungeeignet zu sein.

Industrie

Im Jahre 1965 wird die Industrie ein reales Produktionswachstum von 6 bis 7 vH erzielen, weniger als 1964, aber wesentlich mehr als im Durchschnitt der letzten Jahre und mehr, als in Zukunft über längere Fristen erwartet werden kann. Auch in der Wachstumsstruktur war 1965 ein typisches Jahr einer alternden Hochkonjunktur: Die Investitionsgüterindustrien erreichten das stärkste Wachstum, während im Stahl und Metalle erzeugenden Bereich wieder Stagnationstendenzen überwogen. In den verbrauchsnahe Erzeugungstufen wurde die Zunahme der Produktion im Jahresverlauf beschleunigt.

Die steigende Leistungsfähigkeit der Industrie wurde — bei verlangsamter Entwicklung der Produktivität, die kaum noch aus Ausnutzungsreserven gespeist werden konnte — durch beträchtliche Faktorzugänge ermöglicht: Die Beschäftigtenzahl (+ 2 vH) wie auch die Anlagenkapazität (+ 7 vH) wurden stärker ausgedehnt als in den vorausgegangenen Jahren.

Die Investitionsausgaben der Industrie wurden um etwa 15 vH erhöht. Am stärksten wurden sie in den Unternehmen der Investitions- und Verbrauchsgütererzeugung angehoben; aber in allen Bereichen, allenfalls mit Ausnahme der (in diesem Jahr wite-

rungs-benachteiligten) Nahrungs- und Genußmittelindustrie, hat sich das Investitionswachstum gegenüber 1964 beschleunigt.

Ein Ausblick auf die industriellen Investitionen im kommenden Jahr hat von zwei sich noch widersprechenden Informationskomplexen auszugehen: Die Bestelltätigkeit der industriellen Investoren hat, soweit aus den vorhandenen statistischen Meldungen der Lieferanten erkennbar, in letzter Zeit an Schwung verloren. Hierbei mögen sowohl Finanzierungsorgen als auch die Erkenntnis eine Rolle gespielt haben, daß im gegenwärtigen Investitionsaufschwung Aufträge nicht vorgezogen werden mußten, um etwaigen Lieferschwierigkeiten zuvorzukommen. Man scheint heute die Auftragsvergabe gelassener mit der Investitionsplanung zu koordinieren, als dies in früheren Expansionsphasen der Fall war; auch wird die Investitionsplanung selbst zunehmend mittelfristig betrieben. Die von maßgebenden Großunternehmen der Industrie bekanntgegebenen Vorhaben für die nächste Zukunft lassen jedenfalls keine Expansionsmüdigkeit erkennen. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Investitionsneigung ist auch angesichts der überwiegend guten Kapazitätsausnutzung und der weiter steigenden Anforderungen an die Lieferfähigkeit der Industrie wenig wahrscheinlich. Mindestens die Hälfte der Investitionsausgaben des nächsten Jahres wird übrigens bereits vor Jahresbeginn durch Lieferkontrakte festgelegt sein. Somit ist für 1966 ein zwar abgeschwächtes, aber durchaus noch kräftiges weiteres Wachstum der Investitionsausgaben von etwa 8 vH zu erwarten.

Da — trotz der prekären Finanzierungssituation — auch in vielen Wirtschaftsbereichen außerhalb der Industrie mit einem weiteren Investitionswachstum gerechnet werden kann, werden die meisten Investitionsgüterindustrien keine Absatzbefürchtungen zu hegen brauchen. Im Grundstoffbereich sind kaum Veränderungen zu erwarten: Die rezessiven Erscheinungen in der Eisen- und Metallerzeugung werden andauern, aber auch die Expansion in der Chemie und den ihr verwandten Branchen wird sich fortsetzen. Die inländische Nachfrage nach den Erzeugnissen der Verbrauchs- und Gebrauchsgüterindustrien wird insgesamt nicht sehr viel schwächer wachsen als 1965. Schließlich sind vom Handelsverkehr mit dem Ausland eher wieder belebende als dämpfende Einflüsse zu erwarten. Insgesamt wird die Nachfrage nach heimischen Industrieerzeugnissen 1966 etwas langsamer expandieren als im ablaufenden Jahr.

Der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften gilt offensichtlich in der Industrie für die gegenwärtige Expansionsphase und die nahe Zukunft als befriedigt —, schon seit einigen Monaten werden im Durchschnitt aller Branchen nicht mehr Arbeitskräfte neu eingestellt als laufend ausscheiden. Der Produktivitätsspielraum dürfte mit der Inbetriebnahme der im jüngsten Investitionsaufschwung installierten Produktionseinrichtungen im nächsten Jahr wieder zunehmen. Die technischen Kapazitäten wachsen erneut um etwa 7 vH; die Kapazitätsausnutzung bleibt — bei insgesamt leichtem Rückgang — in den meisten Erzeugungsbereichen hoch.

Handel

Im Handel wird die Umsatzentwicklung, die in den beiden vorangegangenen Jahren hinter dem

Produktion und Produktionsfaktoren der Industrie¹⁾
Geschätzte jährliche Zuwachsraten in vH

	1965	1966
Arbeitsvolumen	+ 1,3	— 1,0
Arbeitsproduktivität	+ 5,2	+ 6,7
Produktion, kalendermonatlich	+ 6,6	+ 5,6
Brutto-Anlagevermögen	+ 7,0	+ 6,9
Kapitalproduktivität	+ 0,5	+ 0,2
Ausnutzung	— 0,9	— 1,4
Produktion, kalendermonatlich	+ 6,6	+ 5,6
Kapitalintensität je Beschäftigten	+ 4,9	+ 6,4
Kapitalproduktivität und Ausnutzung	— 0,4	— 1,2
Beschäftigte	+ 2,0	+ 0,5
Produktion, kalendermonatlich	+ 6,6	+ 5,6
Produktion, arbeitstäglich	+ 6,3	+ 6,0

¹⁾ Alle Daten beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik einschl. Saarland und Berlin (West).

gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurückgeblieben war, die Fortschritttrate des Sozialprodukts 1965 zumindest erreichen, sie sogar, wenn die Abschwächungstendenzen in der Wirtschaft sich am Jahresende nicht stärker als zunächst vermutet durchsetzen, übertreffen. Das Ausmaß der Umsatzzunahme, das sich im Vorjahr unter dem Einfluß der stark ausgeprägten konjunkturellen Belebung etwa verdoppelte, erhöhte sich in diesem Jahr wieder, wenn auch in vermindertem Umfang; für 1965 wird mit einem Gesamtzuwachs von 9 bis 10 vH zu rechnen sein.

Im wesentlichen ist diese Beschleunigung auf Nachfragesteigerungen der privaten Haushalte zurückzuführen. Bis zum Herbst dieses Jahres erhöhten sich die Umsätze im Einzelhandel und im Konsumgütergroßhandel, so daß voraussichtlich mit einem durchschnittlichen Umsatzzuwachs im Einzelhandel von etwa 10 vH und im Konsumgütergroßhandel von rund 11 vH zu rechnen ist. Die Nachfrage nach Konsumgütern ist damit für die konjunkturelle Entwicklung des Jahres ein Expansionsfaktor von beträchtlichem Gewicht gewesen. (Die Auswirkungen, z. B. der außergewöhnlich lebhaften Nachfrage nach Bekleidung und Schuhen, lassen sich deutlich an der Auftrags- und Produktionslage in den vorgelagerten Wirtschaftsstufen erkennen.)

1966 wird die Expansionskraft der privaten Verbrauchsausgaben abnehmen; sie wird aber immer noch so stark sein, um zur — dann notwendigen — Stabilisierung der Gesamtnachfrage erheblich beizutragen. Bei einer Zunahme des privaten Verbrauchs um 8 vH dürfte mit einem Umsatzzuwachs im Einzelhandel und im Konsumgütergroßhandel von knapp 8 vH bzw. reichlich 9 vH zu rechnen sein. Dabei werden sich wahrscheinlich die Schwerpunkte der Umsatzzunahme von der Bedarfsgruppe Bekleidung (1965 im Einzelhandel + 13 vH) mehr auf die Gruppen Hausrat und Wohnbedarf und sonstige Waren (1965 im Einzelhandel + 10 vH bzw. + 9 vH) verlagern, während das Gewicht der Bedarfsgruppe Nahrungs- und Genußmittel (1965 im Einzelhandel + 8 vH) sich im ganzen wenig verändern wird.

Gemäßigter verlief die Entwicklung im Rohstoff- und Produktionsgüterhandel. Im Durchschnitt des gesamten Jahres wird vermutlich die Umsatzsteigerung kaum über der des Vorjahres liegen und etwa 7 vH erreichen. In diesem Handelsbereich stand die Entwicklung einerseits unter dem Einfluß der noch lebhaften Expansion der Investitionen, die vor allem die Umsätze an Fertigwaren in vielen Zweigen des Produktionsgüterhandels erheblich förderte, andererseits schlugen sich Abschwächungstendenzen im Grundstoffbereich und in der Bauwirtschaft in den Umsätzen des Großhandels mit Roh- und Halbwaren — und soweit von der Bautätigkeit abhängig auch mit Fertigwaren — nieder. Für das Jahr 1966 ist eine leichte Verringerung der Umsatzzunahme auf rund 6 vH zu erwarten.

Zur monetären Situation

Die Liquiditätsverluste, die dem westdeutschen Bankensystem infolge der Umkehr der Zahlungs-

bilanzentwicklung von einer Überschuß- zu einer Defizitposition und infolge der zusätzlich kontraktiv wirkenden monetären Restriktion der Deutschen Bundesbank im Verlaufe dieses Jahres auferlegt wurden, haben inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, daß die bisher gezeigte Elastizität des Bankensystems gegenüber dieser stetigen Einengung ihres Kreditgewährungsspielraums jetzt offenbar nachzulassen beginnt; insoweit sind die ersten fühlbaren Anzeichen der von der Bundesbank beabsichtigten Bremswirkung erkennbar geworden.

Anders als in vergleichbaren Phasen der konjunkturellen Entwicklung vergangener Jahre, in denen — etwa im Jahre 1956 — eine harte Diskontpolitik oder — wie in den Jahren 1962/63 — die Folgen der Aufwertung die Investoren fühlbar getroffen hatten, ist diesmal weder durch die von der Außenwirtschaft ausgehenden besonders starken kontraktiven Effekte noch von der zusätzlichen monetären Restriktion der Bundesbank die gewerbliche Investition ernsthaft gehemmt worden.

Der Bankenkredit als weitaus wichtigstes Finanzierungsinstrument expandierte im Verlauf dieses Jahres nicht nur kräftig weiter, sondern beschleunigte sogar sein Expansionstempo. Durch Rückgriff auf ihre Auslands- und Inlandsreserven sowie durch beträchtlich verstärkte Refinanzierung bei der Bundesbank waren die Banken in der Lage, trotz wachsender Liquiditätsverluste dem beschleunigt zunehmenden Kreditbedarf der Wirtschaft und der öffentlichen Hand nachzukommen.

Im Gegensatz zum Bankenkredit ist der Markt für langfristige festverzinsliche Schuldtitel schon in den ersten Anfängen der monetären Restriktion, d. h. nach Ankündigung der Kuponsteuer für Gebietsfremde im Frühjahr vergangenen Jahres, wirksam und dann zunehmend härter getroffen worden. Die durch die Liquiditätsverknappung ausgelöste Deroutierung des Rentenmarktes hat inzwischen das Kapitalzinsniveau nahe an eine Rendite festverzinslicher Schuldtitel von 8 vH herangebracht.

Diese Steigerung des Kapitalzinses, die nicht durch die vermeintliche Überforderung des Kapitalmarktes von seiten der Emittenten, sondern allein durch die monetäre Restriktionspolitik und durch die außenwirtschaftlich bedingten Liquiditätsverluste verursacht worden ist, beginnt jetzt jedoch jene Bremswirkungen zu erzielen, die nach den Absichten der Bundesbank vor allem die öffentlichen Ausgaben einschränken sollen. Die Bundesbank ist diesem Ziel offenbar näher gekommen, denn die öffentliche Hand scheint aufgrund der Kapitalmarktmisere die volle Realisierung ihrer Ausgabenwünsche vertagen zu wollen.

Die Investitionsneigung der Wirtschaft ist jedoch nach wie vor ungebrochen. Wenn die bisherigen Maßnahmen der Bundesbank nicht verschärft werden und die von der Außenwirtschaft ausgehenden kontraktiven Einflüsse sich nicht verstärken, besteht keine Veranlassung, die Prognose über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage unter monetären Aspekten in Zweifel zu ziehen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—